



REISEBERICHT

Politische Lösung statt Eskalation

Ukraine und Russland im Sommer 2014

Vom 08. bis zum 11.07.2014 besuchte ich im Rahmen einer Einzeldienstreise Moskau und Kiew. Ziel war es, sich über die anhaltende Krise in der Ukraine zu informieren und Fragen der Energieversorgung zu diskutieren.

Vorab-Zusammenfassung

Im Mittelpunkt der Gespräche mit Regierungsstellen, Vertretern der Zivilgesellschaft und Wissenschaftlern standen Fragen der aktuellen Situation in der Ostukraine, der demokratischen Rechte in Russland, der europäisch-russischen Beziehungen, des Reformprozesses in der Ukraine sowie des Standes der Assoziierungsprozesses und der Energieversorgung. Begleitet wurde ich von *Lars Kreiseler*.

Moskau

- ↳ In Russland hat sich der Sprachgebrauch verändert. Anstelle des Kampfes gegen ein "faschistisches Regime" in der Ukraine - von diesen Begriffen distanzierte sich offiziell ein Sprecher des Kreml - ist ein Diskurs über ein Ende der Kampfhandlungen, für einen Waffenstillstand und für eine politische Lösung getreten. In regierungsnahen Medien ist sogar von "selbst ernannten genannten Separatisten" die Rede.
- ↳ Dieses veränderte *Wording* hat noch keine andere Politik zur Folge. Immer noch behauptet Russland, die Grenze zur Ukraine nicht kontrollieren zu können - ist aber angeblich in der Lage aus der Ostukraine abziehende Separatisten nicht wieder einreisen zu lassen. Nach Informationen der OSZE waren in diesen Tagen Kommandeure der Separatisten in Moskau.
- ↳ Oppositionelle und Zivilgesellschaft in Russland beschreiben die Politik Russlands nach der Krim als vor allem situativ. Putin habe zwar die Niederlage im Kampf um die Integration der Ukraine in Eurasische Union mit der Krim-Annektion in den Augen der Bevölkerung erfolgreich kompensiert. Ein möglicher Plan eines *Neuen Russland* von Donezk über Odessa bis Transnistrien sei aber gescheitert. Die Bevölkerung im Osten und Süden der Ukraine sei zwar mit Kiew nicht zufrieden, aber wolle nicht nach Russland. Dort wo die Separatisten gehaust hätten - wie in Slowiansk - seien diese regelrecht verhasst. So sei Russland in die Defensive geraten.
- ↳ Ob daraus ein Politikwechsel folgt, ist nicht entschieden. Jenseits des

BÜRO BERLIN
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

+49 30 227-72247
+49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE
WWW.TRITTIN.DE

Bemühens, keinen Anlass für weitere Sanktionen zu liefern und um vor seinem Besuch in Brasilien zur Übernahme der WM gutes Wetter zu machen, betreibe Putin in dieser Situation einer erneuten Niederlage Schadensbegrenzung. Er suche nach einer neuen Taktik.

- ✚ Die regierungsoffizielle Position, wonach die Sanktionen Russland nicht tangierten, wird im direkten Gespräch nicht durchgehalten. Die bereits eingetretenen wirtschaftlichen Folgen (Rubelabwertung, Kapitalflucht, Investitionsstopp, Ratingabwertung) sind Anlass zu großer Sorge in Regierung und Parlament. Neben den Waffenstillstandsdiskurs und Appelle, Blutvergießen zu vermeiden, tritt vermehrt das Argument, wonach, wenn alle Seiten sich (wieder) auf ihre wirtschaftlichen Interessen konzentrieren würden, eine politische Lösung der Ukraine-Krise möglich wäre.
- ✚ Trotz des anderen Tones und der Anerkennung des gewählten Präsidenten Porochenko hat Russland in den Gesprächen das Faktum der Assoziierung der Ukraine mit der Europäischen Union als solches bisher nicht wirklich akzeptiert. Die russische Regierung sieht das Assoziierungsabkommens als eine Gefährdung eigener Absatzmärkte in der Ukraine. Gemeinsame Industriebereiche wie Luft- und Raumfahrttechnologien werden als bedroht gesehen – mit Schaden für beide Länder. Russland wird aber an den trilateralen Gesprächen EU, Ukraine, Russland über Probleme des Abkommens teilnehmen.
- ✚ Die negativen ökonomischen Folgen der Krise behindern nicht nur die ökonomische Modernisierung Russlands. Ausbleibende Investitionen treffen den Kern einer vom Ressourcenexport getriebenen Volkswirtschaft. Der inszenierte Ausweg einer stärkeren Zusammenarbeit mit China hilft aktuell wenig. Er musste mit einem für Russland eher ungünstigen Gaspreis erkaufte werden.
- ✚ Nach wie vor strebt Russland an, die *South Stream* Pipeline zu bauen. Es ist aber nicht bereit, das 3. Energiepaket der EU zu akzeptieren, welches die Trennung von Pipelinebetrieb und Gasförderung verbindlich vorschreibt. Da diese Frage auch bei der Assoziierung der Ukraine eine Rolle spielen wird, sollte die EU-Kommission in dieser Frage bei ihrer konsistenten Linien bleiben.
- ✚ Die Angst vor einem russischen *Maidan* hat das Handeln Putins in der Ukrainer-Krise nach Ansicht russischer Oppositioneller mindestens so stark getrieben, wie geostrategische Überlegungen – gerade angesichts der Massendemos nach seiner erneuten Wahl 2012. Putins Vorgehen in der Ukraine hat für ihn zu einem innenpolitischen Imagegewinn und einer stärkeren Legitimation geführt
- ✚ Der Abbau demokratischer Rechte in Russland hält an. Die willkürliche Praxis des NGO-Gesetzes und der potentielle Einstufung als "ausländische Agenten" hat zu einzelnen Schließungen geführt. Die Zensurvorschläge aus der Duma reichen von lächerlich (Verbot des 100 Rubel Scheins wegen „Pornografie“) bis zu einer noch nicht unterzeichneten Internetgesetzgebung, die sogar die digitale Große Mauer Chinas übertrifft und zu einer faktischen Exklusion Russlands aus dem Netz führen würde.
- ✚ Medien sind wichtigstes Instrument der offiziellen Propaganda in Russland, als auch in der Ostukraine (wo vor allem russische Fernsehsender empfangen

werden). Unabhängige Medien wie der TV-Kanal *Doshd* (Rain), haben geringe Reichweite und sind in ihrer Existenz bedroht.

Kiew

- ✚ Die von Porochenko angeordnete 10 tägige Waffenruhe war eine mutige Handlung. Angesichts der Stimmung im Lande war sie vor dem Hintergrund dauerhafter Kampfhandlungen der Separatisten nicht länger durchhaltbar.
- ✚ Der überraschende und bis heute nicht geklärte Abzug der Separatisten aus Slowiansk (den einer der Gesprächspartner von *Memorial* Moskau selbst beobachtete) hat die ukrainische Regierung wie die Bevölkerung eher darin bestärkt, auf einen Erfolg der militärischen Operation zu setzen. Dabei konnte keiner der Gesprächspartner erklären, wie es passieren konnte, dass die Separatisten weitgehend unbehelligt mit ihrem ganzen Material von Slowiansk nach Donezk ziehen konnten, obwohl Slowiansk angeblich umzingelt war.
- ✚ Die OSZE bewertet den Vorgang eher als eine Frontbegradigung, die das Problem in Donezk mit nunmehr gut 4000 in- und ausländischen Kämpfern vergrößert hat. Dort sei eine Stadt mit noch fast 700.000 Einwohnern zur Geisel geworden. In Donezk wie Lugansk gäbe es die bizarre Situation, dass zum Teile noch die alten Strukturen von der Polizei bis um Bürgermeister funktionierten und dazwischen die marodierenden Aufständischen agierten. Diese Doppelstrukturen wie die Streitereien zwischen den Separatisten machten es extrem schwer, zu Vereinbarungen zu kommen.
- ✚ Die jüngere zögerliche Haltung Russlands sei kein Signal für eine Entspannung. Sie führe zunächst dazu, dass die Separatisten lautstark mehr Unterstützung einklagten. Es könne aber auch geschehen, dass sie durch gezielte Eskalationen eine Intervention Russlands versuchten herbei zu provozieren. Der während unseres Besuchs durchgeführte Raketenwerferangriff mit über 30 toten ukrainischen Soldaten könnte ein zu einer solchen Strategie gehören. Ebenso können durch grenzüberschreitende Kampfhandlungen solche Reaktionen provoziert werden.
- ✚ Es steht zu befürchten, dass die Regierung in Kiew die falschen Schlüsse aus den psychologisch wichtigen Wiedereinnahmen von Slowiansk zieht. Die weiterhin erklärte Bereitschaft für eine friedliche Lösung wird immer öfter mit den Alternativen „*killing them*“ oder gar „*erasing them*“ konterkariert.
- ✚ Die Situation in der Ostukraine steht auf Messers Schneide. Angesichts der Lage und der Fähigkeiten der ukrainischen Armee führt nichts an einer Verhandlungslösung vorbei. Eine militärische Lösung würde noch mehr zivile Opfer fordern und die Spaltung der Ukraine vertiefen. Voraussetzung für eine Verhandlungslösung ist eine beidseitige Waffenruhe – beobachtet und kontrolliert durch die OSZE.
- ✚ Präsident Putins Ankündigungen, dass er einer internationalen Überwachung von Grenzpunkten zustimmt, kann nur ein erster Schritt sein. Die Grenze muss für jeglichen Nachschub für die Separatisten geschlossen werden – und nicht nur an zwei Posten.

- ✚ Die Reformen innerhalb der Ukraine dürfen in dieser schwierigen Situation nicht aufhören. Die Verfassungsreform und die Vorbereitung für Neuwahlen müssen weitergehen. Die Einbindung von Vertretern der Ostukraine in die Regierung muss verstärkt werden. Davon hängt maßgeblich die weitere friedliche und demokratische Entwicklung der Ukraine ab.
- ✚ Porochenko will Wahlen im Herbst. Regierung und Präsident haben bisher Versuche etwa der Vaterlandspartei Timoschenkos nach Ausrufung des Kriegsrechts und damit zur Absage von Wahlen blockiert. Dennoch ist weder für die Verfassung noch für die Ansetzung von Neuwahlen eine Mehrheit zur Zeit sicher – aber möglich.
- ✚ Die Kräfte des *Maidan* haben zur deutlichen Vitalisierung der Zivilgesellschaft beigetragen, die sich darauf konzentriert, die Regierenden zu kontrollieren. Gegen sie kann zurzeit die Ukraine nicht regiert werden. Sie kandidieren nicht selber, sind aber für Wahlen im Herbst.
- ✚ Die Bemühungen, Deutschlands zu einer politischen Lösung aktiv beizutragen, werden begrüßt. Allerdings erwarten Regierung wie Zivilgesellschaft von Europa klarere Zeichen. Frankreichs Lieferung der *Mistral*-Hubschrauberträger an Russland wird scharf kritisiert. Dass Putin es bisher vermieden hat, Anlässe zu liefern, die Stufe drei der Sanktionen in Kraft zu setzen, wird nur zögerlich zugegeben.
- ✚ Außer bei der Vaterlandspartei, die auch über eine atomare Wiederbewaffnung nachdenkt, war die Frage der NATO-Mitgliedschaft kein Thema. Dafür gibt es zudem in Umfragen in der Bevölkerung keine Mehrheit.
- ✚ Wirtschaftlich setzt die Regierung darauf, schwerpunktmäßig in die Agrarproduktion sowie die Energieversorgung zu investieren. Antworten auf Fragen, wie künftig mit der nicht wettbewerbsfähigen Schwerindustrie im Bevölkerungsreichen Osten umgegangen werden soll, fallen schwer.
- ✚ Energiepolitisch setzt die Ukraine auf Verlagerung der Energiequellen sowie Verbrauchskürzungen. So sollen Industrie 30 % und Wohnungen 10 % Gas einsparen. Erreicht werden soll dies etwas dadurch, dass Wohnungen bezuschusst werden, die von Gas auf (Kohle-)Stromheizung umstellen – was als Energieeffizienz ausgegeben wird.
- ✚ Dass das Energieministerium im Tschernobyl-Land auch an den Neubau von Atomkraftwerken denkt, dürfte in der aktuellen Situation so wenig helfen, wie die Hoffnung auf Fracking. Erneuerbare Energien werden trotz Einspeiseregulation a la EEG kaum befördert. Deutschland wäre gut beraten die Zusammenarbeit bei Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare massiv zu verstärken. Interessant ist, dass die Ukraine über nicht benötigte Gas-Kavernenkapazitäten verfügt.
- ✚ Angesichts der Lage wie der Anstrengungen, die die Ukraine unternimmt, die Voraussetzungen der Assoziierung mit Europa zu schaffen, wäre es ein wichtiges Signal, wenn Deutschland dieses zügig ratifiziert.